

## Abstract

In vielen Ländern der Welt gewinnt die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und privaten Partnern in der Form von Public Private Partnerships (PPP) zusehends an Bedeutung. In einer Zeit knapper finanzieller Möglichkeiten auf der Seite der öffentlichen Hand steht die Effektivität und Effizienz der staatlichen Leistungserstellung auf dem Prüfstand. Durch die Vergabe bzw. Abgabe einzelner Aufgaben, gesamter Bereiche oder geplanter Projekte an privatwirtschaftlich geführte Unternehmen erhofft sich der Staat, Ersparnisse gegenüber einer eigenen Durchführung realisieren zu können. Im wissenschaftlichen sowie politischen Diskurs wird diese Form der Zusammenarbeit jedoch zwiespältig betrachtet. Einesteils können erhoffte Effektivitäts- und Effizienzvorteile in vielen Fällen nicht nachgewiesen werden und andererseits werden PPPs als Instrument zur Umgehung von finanziellen Restriktionen gesehen. Wird ein PPP-Projekt so gestaltet, dass die Vermögensgegenstände und damit verbundene Verbindlichkeiten beim privaten Partner bilanziert werden, fällt die Investition zum Beispiel nicht unter die Maastricht Kriterien auf der Ebene der Europäischen Union. Verbunden mit einer unzureichenden Berichterstattung führt die Umgehung von Restriktionen durch die Realisierung von Projekten außerhalb des Haushalts zu einer Intransparenz über die wahre finanzielle Situation der öffentlichen Hand. In der Folge sind kommende Budgets schwer zu planen bzw. die Planung ist stark eingeschränkt, da bereits viele Ressourcen durch vorab abgeschlossene, bindende Verträge zugewiesen wurden. Zudem können öffentliche Institutionen und ganze Staaten nur eingeschränkt miteinander verglichen werden, wenn Verbindlichkeiten, Risiken oder künftige Ausgaben nicht hinreichend offengelegt bzw. einheitlich und transparent abgebildet werden. Ziel der Diplomarbeit liegt darin aufzuzeigen, ob mit einem gängigen Rechnungslegungssystem die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der öffentlichen Hand entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen abgebildet werden kann. Dafür werden der nationale Standard aus Deutschland (HGB) sowie die internationalen Standards der International Federation of Accountants (IPSAS) und des Statistischen Amtes der Europäischen Union (ESVG) in Form einer vergleichenden Fallstudie gegenübergestellt. Ihre Bedeutung für die Thematik ergibt sich aus der von Grund auf differenter konzeptioneller Gestaltung. So kann das HGB als Vertreter einer kontinentaleuropäischen Rechnungslegung gesehen werden. Im Vordergrund steht die Vermeidung von Insolvenzen durch einen umfassenden Gläubigerschutz. Im Gegensatz dazu stehen die IPSAS und das ESVG für eine angloamerikanische Rechnungslegungstradition. Das primäre Ziel liegt in der Versorgung der Shareholder eines Unternehmens mit Informationen.

In many countries of the world Public Private Partnerships (PPP), the cooperation between state institutions and private partners, grow in importance. In a time of limited financial possibilities on the public side, the effectiveness and efficiency of public service provision is under scrutiny. In the scientific and political discourse this form of cooperation is considered ambiguous. Often it is impossible to prove the expected effectiveness and efficiency and sometimes PPPs are seen as a instrument to circumvent financial restrictions. In this case the public household lacks of transparency about the true financial conditions. As a result countries cannot be compared when liabilities, risks and future issues are not adequately disclosed.

The aim of the thesis is to find out if the net assets, financial position and results of the public sector can be mapped according to the actual conditions with a common accounting system. To do so the national standard of Germany (HGB) and the international standards of the International Federation of Accountants (IPSAS) and the Statistical Office of the European Union (ESA) are compared in the form of a comparative case study.